

Final Report

Projekt Ref.: 12
Autoren: Katrin Meier, Betty Zucker, Elleni Erifilidis, Matthias Haller, Stiftung Risiko-Dialog
Projekt-Titel: Begleitforschung zum Dialog über einen nachhaltigen Mobilfunk

1. Forschungsstand

1.1. Forschungsaktivitäten

In der vorliegenden Studie werden die Unterschiede in den Wahrnehmungs- und Kommunikationsmustern („Logiken“) der an der schweizerischen Mobilfunkdebatte beteiligten gesellschaftlichen Interessengruppen analysiert und einander gegenübergestellt. Ziel ist es, ein vertieftes Bild über die öffentlichen Auseinandersetzungen im Mobilfunk in der Schweiz zu zeichnen, eine Konfliktdiagnose zu erstellen und Ansätze für eine lösungsorientiertere Kommunikation zu identifizieren.

Dafür sind Literaturrecherchen durchgeführt sowie Fokusgruppengespräche mit sechs unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen analysiert worden, die im Rahmen eines Dialogs über einen nachhaltigen Mobilfunk zwischen September 2003 und März 2004 in der Schweiz stattgefunden haben.

Berichte über die Forschungstätigkeit liegen vor in Form eines „Zwischenberichts zu den schriftlichen Gruppenstatements“ vom Dezember 2003, entsprechend dem Meilenstein 1 des Projektplans, sowie einem Abschlussbericht „Mobilkonflikt – Begleitstudie zum Dialog über einen nachhaltigen Mobilfunk“ vom Juni 2004, entsprechend dem Meilenstein 2 des Plans.

1.2. Forschungsergebnisse

Die wichtigsten Forschungsergebnisse in aller Kürze sind:

- Die Ansichten der unterschiedlichen Interessengruppen über die Art und Weise der Weiterentwicklung im Mobilfunk divergieren bekanntlich stark. Zugleich aber gibt es auch Konsenspunkte, wie der Mobilfunk-Dialog in der Schweiz zeigt: Zum Beispiel sind die Forderungen nach einer umweltmedizinischen Beratungsstelle, nach weiterer Forschung, nach mehr Information und Deklaration sowie nach einem gesellschaftlichen Dialog-Prozess weit verbreitet.
- Die Mobilfunkdebatte in der Schweiz weist im Vergleich zu anderen Risikodebatten Besonderheit auf: Die beiden Interessengruppen Wirtschaft und NGOs (Konsumenten-, Umwelt- und Betroffenenorganisationen) streiten nicht explizit gegeneinander, wie beispielsweise um den gentechnisch veränderten Mais, sondern beide klagen den Staat an. Dieser hat zum einen über das Fernmeldegesetz den Mobilfunkanbietern den Auftrag gegeben, die Bevölkerung mit der neuen Technologie zu versorgen (Versorgungsauftrag). Zum andern schränkt er über die Verordnung über nichtionisierende Strahlung die Versorgung ein, weil er im Sinne der Vorsorge die Strahlenbelastung möglichst tief halten will. In diesem Versorgungs-/Vorsorge-Dilemma nimmt der Staat selbst keine einheitliche Position ein. Unterschiedliche Bundesämter vertreten unterschiedliche Positionen. Der Staat sitzt dadurch auf der Anklagebank. Sowohl Mobilfunkanbieter als auch NGOs und Betroffenenorganisationen können die Verantwortung für die Entwicklungen dem Staat delegie-

ren. Dies erschwert eine konstruktive Debatte über eine nachhaltige Entwicklung des Mobilfunks in der Schweiz.

- Werden breiter abgestützte weitere Entwicklungen im Mobilfunk angestrebt, ist der dialogische Prozess voranzutreiben. Das Konfliktniveau lässt Raum für einen direkten Aushandlungsprozess, wie die Studie zeigt. In diesen Prozess sind vorerst, dies eine Empfehlung der Studie, nur die Hauptakteure, der innere Konflikt-Kreis (Politik/Behörden, Wirtschaft und NGOs/Betroffenenorganisationen) einzubeziehen. Inhaltlich wird empfohlen, zunächst Themen im Hintergrund der Mobilfunkdebatte zu diskutieren, insbesondere die Fragen der Unsicherheitsakzeptanz und der Gesundheitsdefinition.

2. Anhang

2.1. Publikationen

Wissenschaftliche Publikationen sind geplant und in Vorbereitung.

2.2. Dokumente

Ein Zwischenbericht und der in der Reihe „*riskDOK*“ der Stiftung Risiko-Dialog, erschienene Schlussbericht „Mobilkonflikt - Begleitstudie zum Dialog über einen nachhaltigen Mobilfunk“ (abrufbar auf den Hompages von Forschungstiftung und Stiftung Risiko-Dialog) geben detailliert Aufschluss über die Forschungstätigkeit und die Ergebnisse.

Katrin Meier, Stiftung Risiko-Dialog, 29. Juni 2004